

S P E R R F R I S T:
2. November 2008

(bis zur Einbringung)

 Geschäftsstelle der Synode
Drucksache I / Teil A

7. Tagung der 10. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
in Bremen
2. bis 5. November 2008

BERICHT

des

Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Teil A

(mündlich)

- es gilt das gesprochene Wort -

Kirche im Aufbruch

Dem Evangelium treu, den Menschen nah, Gottes Verheißung zugewandt

I „Hütet euch vor der Habgier; denn niemand lebt davon, dass er viele Güter hat“

(1) Ob wir vom Geld leben oder „von einem jeden Wort, das aus dem Mund Gottes geht“ (Matthäus 4,4), ist das aktuelle Thema unserer Tage. Jesu Warnung vor der Habgier (Lukas 12,15) drängt sich als erstes Thema am heutigen Tag förmlich auf.

„Das Fegefeuer der Eitelkeiten – The Bonfire of Vanities“ – so heißt der Titel eines im Jahr 1987 von Tom Wolfe veröffentlichten Bestsellers über einen Investmentbanker. Sherman McCoy, ein Banker an der Wallstreet, versteht sich selbst als „master of the universe“. Er ist der Prototyp eines Menschen, der alles, was er ist, seiner eigenen Leistung und seiner Unangreifbarkeit verdankt. Umso bedrohlicher sind für ihn die Verwicklungen des täglichen Lebens, die seine Überlegenheit in Frage stellen.

Tom Wolfes Roman schildert eine aktuelle Form der Gerechtigkeit aus den Werken. Luxus, Macht und Geld sind die Mittel, mit denen der Anspruch gespeist wird, „Herr des Universums“ zu sein. Die Folgen erleben wir in dieser Zeit. Als „Messias des globalen Finanzsystems“ wurde der Investmentbanker noch vor kurzem gefeiert. Die Gier nach Geld beschleunigte das Tempo, mit dem sich der Tanz um das Goldene Kalb vollzog.

In der biblischen Botschaft wird dem „Herrn des Universums“ entgegengehalten: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele“ (Matthäus 16,26)? Die Absage an die Habgier verdeutlicht Jesus am Beispiel des reichen Kornbauern, der für seine gute Ernte größere Scheunen baut und zu sich selbst sagt: „Liebe Seele, du hast einen großen Vorrat für viele Jahre; habe nun Ruhe, iss, trink und habe guten Mut.“ Alles hat er bedacht, nur die Endlichkeit des eigenen Lebens und die Unverfügbarkeit der Zukunft nicht. „Aber Gott sprach zu ihm: Du Narr! Diese Nacht wird man deine Seele von dir fordern; und wem wird dann gehören, was du angehäuft hast? So geht es dem, der sich Schätze sammelt und ist nicht reich bei Gott“ (Lukas 12,16-21).

(2) Eben diese Gier hat einen Strudel erzeugt, der von Alan Greenspan, dem langjährigen Chef der US-amerikanischen Notenbank, als „Jahrhundertkatastrophe“ bezeichnet wird. Jetzt macht Warren Buffetts Satz von den „Massenvernichtungswaffen auf den Finanzmärkten“ die Runde. Die „Herren des Universums“ brachten ihr eigenes Gebäude zum Einsturz.

Diese zerstörerische Wirkung wird in unserer Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ so beschrieben: „Dieses vorwiegend an kurzfristiger Renditemaximierung orientierte Verhalten der Marktteilnehmer widerspricht deutlich dem Prinzip nachhaltigen unternehmerischen Handelns. Banken haben sich dadurch aus ihrer Verantwortung gegenüber Einlegern und Kreditnehmern sowie aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems gelöst. Anstelle einer besseren gesamtwirtschaftlichen Risikoverteilung haben sich die Verluste letztendlich bei den Banken konzentriert. Angesichts ihrer großen Bedeutung für die Unternehmensfinanzierung sind davon gravierende realwirtschaftliche Auswirkungen zu erwarten“ (TZ 83). Diese Auswirkungen sind inzwischen unübersehbar.

Wir reagieren darauf als eine Kirche, die der Option für die Armen verpflichtet ist. Wir sind und bleiben davon überzeugt, dass sich die Stärke eines Gemeinwesens daran bemisst, wie es sich zu seinen schwächsten Gliedern verhält. Deshalb halten wir die Frage, wie sich ein milliardenschwerer Schutzschild für die Banken zur Einsatzbereitschaft unserer Gesellschaft für Hartz IV-Empfänger verhält, nicht für illegitim. Vor wenigen Tagen ist das Hessische Landessozialgericht zu der Feststellung gekommen, die Hartz IV-Regelleistungen deckten das soziokulturelle Existenzminimum von Familien nicht ab; es hat diese Frage deshalb dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Dass sich der Graben zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft wie weltweit vertieft, widerspricht der ethischen Orientierung des christlichen Glaubens. Diese Grundhaltung haben wir insbesondere in der Denkschrift über „Gerechte Teilhabe“ von 2006 sowie in der Kundgebung der Würzburger Synodentagung im gleichen Jahr mit Nachdruck und Klarheit entfaltet. Die Forderung, sich im gesellschaftlichen und politischen Handeln am Maßstab der Beteiligungsgerechtigkeit auszurichten, bleibt für uns verpflichtend.

(3) Auf neue Weise zeigt sich, dass kein Mensch sich durch seine eigenen Werke rechtfertigen kann. Niemand wird Mensch durch seine eigenen Taten. Keiner ist „Herr des Universums“. Es ist Zeit dafür, das Bekenntnis zu dem einen Gott laut und vernehmlich auszusprechen und den selbstgemachten Götzen den Abschied zu geben.

Es zeigt sich auch, dass die Überwindung einer solchen Leistungsreligion und der Abschied von der Vergötzung des Geldes eine befreiende Wirkung hat. Wer weiß, dass der eigene Wert vor Gott, vor sich selbst und vor den anderen vom Geschenk der göttlichen Anerkennung und von nichts anderem abhängt, braucht nicht Chancen so lange auszureizen, bis sie in maßlose Risiken mit zerstörerischen Wirkungen umschlagen. Die Gewissheit, dass wir bei Gott ohne unser Verdienst, allein aus seiner Gnade angenommen sind, zeigt gerade in der gegenwärtigen Lage ihre lebensdienliche Bedeutung und ihre klärende Kraft. Deshalb ist es unverändert wichtig, dass wir diese Gewissheit weitergeben und für sie eintreten.

In der reformatorischen Theologie werden die „guten Werke“ ausdrücklich hochgehalten – jedoch nicht als Mittel, um vor Gott Anerkennung zu finden, sondern als Folgen aus dem Geschenk des Glaubens. In diesem Sinn gehören sie zum Glauben selbst wie die Früchte zu einem guten Baum. Nicht Untätigkeit ist also die Folge aus einer Kritik an einer quasi-religiösen Leistungsideologie, sondern Einsatzbereitschaft mit Augenmaß, mit der Bereitschaft, die Auswirkungen für die Mitmenschen genauso zu beachten wie die Auswirkungen für sich selbst, und mit dem Bewusstsein der Verantwortung für die langfristigen Folgen des eigenen Tuns. Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit sind deshalb entscheidende Maßstäbe für die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns. Gerade die Finanzmärkte müssen nach dieser „Jahrhundertkatastrophe“ aus einem solchen Geist neu geordnet und gestaltet werden.

(4) Eine soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, braucht politisch gewährleistete Rahmenbedingungen, welche die soziale Verträglichkeit ebenso wie die ökologische Verträglichkeit wirtschaftlichen Handelns sicherstellen. Sie ist aber ebenso auf eine Kultur unternehmerischen Handelns angewiesen, die nicht nur den Unternehmensgewinn, sondern ebenso die Lebenssituation und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens, das Vertrauen der Kunden und die Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse im Blick hat. In einem gnadenlosen weltweiten Wettbewerb um die besten Quartalszahlen und innerhalb eines Systems von Bonuszahlungen für höchste anstatt für nachhaltige Wachstumsraten tritt jedoch jede weiter reichende Verantwortung zurück. Dabei kann es nicht bleiben. Im rücksichtslosen Run auf die höchste Rendite haben sich inzwischen die Sicherungsseile gegenseitiger Kredite zu einem Strick verknüpft, der Volkswirtschaften und Einzelexistenzen mit sich in die Tiefe reißt.

Angesichts dieser Entwicklung ist die ethische und rechtliche Verantwortlichkeit der Akteure ebenso notwendig wie die Schaffung von rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die derart zerstörerisches Handeln aus Gewinnsucht wirksam verhindern. Gerade jetzt müssen wir die Verpflichtung dazu geltend machen, dass öffentliche Verantwortungsträger sich auch öffentlich ihrer Verantwortung stellen. Die derzeitige Finanzmarktkrise macht deutlich, wie wichtig und wie nötig es ist, das eigene Handeln vor dem Nächsten zu verantworten. Und es ist daran zu erinnern, welchem Horizont der Begriff der Verantwortung ursprünglich entstammt; geht es in ihm doch um die letzte Rechenschaft, die wir nicht nur dem eigenen Gewissen oder anderen Menschen, sondern Gott als dem Richter über unser Leben schulden.

(5) In drei Bereichen sehen wir gegenwärtig die dramatischen Folgen eines Lebens auf Pump: in der Aufhäufung von Staatsschulden in einer unvorstellbaren Höhe, die allein in Deutschland die Grenze von 1,5 Billionen Euro weit überschritten hat, im Verbrauch von Rohstoffen und Energiequellen, die künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen können, und in einem Finanzwesen, in dem die Schulden der einen zur – durch keine realen Werte gedeckten – Geldanlage der anderen geworden sind. In allen drei Fällen setzt ein solcher Lebensentwurf auf eine zukünftige Fülle und verbindet das mit der Einbildung, über die Zukunft schon heute verfügen zu können. Das Leben auf Pump beleiht die Zukunft in einer dramatischen Weise. Es häuft Schulden auf, die kommende Generationen belasten. Es verbraucht Umweltressourcen auf Kosten des Handlungsspielraums unserer Kinder und Enkel. Es verspielt bereits jetzt das Erbe einer künftigen Generation.

Das Zukünftige bereits für das Heute beanspruchen oder das Gegenwärtige in die Zukunft hinein wachsen lassen – so lautet die Alternative, die uns gegenwärtig in ungewöhnlich scharfem Kontrast entgegentritt.

Verantwortung zu übernehmen für das eigene Handeln und dieses Handeln in einer nachhaltigen Weise an der nächsten Generation auszurichten – auf diesen beiden Grundsätzen liegt angesichts der Finanzmarktkrise ein besonderes Gewicht. Die Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Nachhaltigkeit bringen wir auch in zahlreichen anderen gesellschaftlichen Feldern zur Geltung. Das geschieht nicht allein aus der Suche nach Antworten auf aktuelle Herausforderungen; es geschieht vielmehr zugleich deshalb, weil diese Grundsätze zutiefst im christlichen Glauben verwurzelt sind. Es sind Grundsätze, die unsere Kirche auch auf sich selbst anzuwenden hat.

II. “Gott setzte den Menschen in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte“

(6) Eine Haltung der Verantwortlichkeit und der Nachhaltigkeit im Umgang mit der Natur ist bereits in den biblischen Schöpfungserzählungen vorgezeichnet. Wenn der Mensch als Gottes Ebenbild bezeichnet wird (1. Mose 1,26f.), so wird er damit als verantwortungsfähiger Stellvertreter der fürsorgenden Herrschaft des Schöpfers verstanden. Darüber, wie er den Auftrag wahrnimmt, die Erde zu bebauen und zu bewahren (1. Mose 2,15), hat er vor Gott Rechenschaft abzulegen.

Ein besonders wichtiges Beispiel für die Notwendigkeit, Verantwortungsbereitschaft zu zeigen und das eigene Handeln nachhaltig auszurichten, ist die Lagerung radioaktiver Abfälle. Die Frage hat noch einmal an Bedeutung gewonnen, weil manche aus den energiepolitischen Entwicklungen, ja auch aus dem Klimawandel die Folgerung ziehen, wir müssten stärker und länger auf Atomenergie setzen, als dies gegenwärtig in Deutschland geplant ist. Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie man diese Position vertreten will, ohne eine überzeugende Antwort auf die Endlagerfrage zu geben.

Ein Beispiel für die ungelöste Problematik ist das niedersächsische Atomlager Asse II. Im Lauf dieses Jahres ist bekannt geworden, dass Salzlauge in dem Schacht austritt; auch die Befürchtung, diese Lauge sei mit Caesium 137 verseucht, wurde laut. Niemand kann verlässlich sagen, woher die Lauge stammt. Niemand kann ausschließen, dass sie mit den eingelagerten Abfällen in Berührung kam. Die Frage, wie sicher Asse II ist, bewegt seitdem nicht nur die Anwohner rund um Wolfenbüttel. Auch in Gorleben und anderswo wird aufmerksam zur Kenntnis genommen, welche Maßnahmen in Asse eingeleitet werden. Landesbischof Friedrich Weber hat der berechtigten Empörung vieler Menschen über den nachlässigen – weil teilweise ohne strahlenschutzrechtliche Genehmigung oder ausreichende Do-

kumentation erfolgten – Umgang mit dem radioaktiven Material Ausdruck verliehen. An diesen Vorgängen in Asse wie an den ungeklärten Fragen um Gorleben, wo in wenigen Tagen wieder ein Castor-Transport erwartet wird, zeigen sich unge löste Probleme, die in der Öffentlichkeit lange Zeit verdrängt wurden.

Wir dürfen jedoch nicht zulassen, dass solche Vorgänge nur als Probleme der regional Betroffenen angesehen werden. Die Endlagerfrage geht uns vielmehr alle an. Sie macht auch vor nationalen Grenzen nicht Halt. Bereits 1987 hat die 7. Synode der EKD auf die enorme Gefährdung der Umwelt durch die Nutzung von Atomenergie hingewiesen. Sie hat zugleich die Entwicklung regenerativer Energien wie die Reduktion des Energieverbrauchs angemahnt. Die 9. Synode der EKD hat elf Jahre später festgestellt: „Bis heute ist die Entsorgungsfrage nicht gelöst.“ Das hat diese Synode vor zwei Jahren mit ihrem Beschluss, am Ausstieg aus der Kernenergie festzuhalten, nochmals bekräftigt. Aber auch heute muss mit unveränderter Deutlichkeit wiederholt werden: Die Entsorgungsfrage ist nicht gelöst. Das Endlagerkolloquium in den vergangenen Tagen in Berlin hat daran nichts geändert, auch wenn es die verfahrenere Debatte zumindest wieder in Gang gebracht hat.

Eine weitere Nutzung der Atomenergie bei gleichzeitigem Offenhalten der Endlagerproblematik ist kein Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung. Eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken löst nicht das Problem, sondern verschärft es, weil dadurch die Menge der radioaktiven Abfälle, die endgelagert werden müssen, weiter anwächst. Wir setzen uns für die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen ein. Nicht Verbrauchsmaximierung, sondern Bewahrungsmaximierung muss als Handlungsgrundsatz gelten. Deshalb treten wir für

die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien genauso wie für den sparsamen Umgang mit Energie ein.

(7) Bebauen und Bewahren, Verantwortung und Nachhaltigkeit, dies sind auch die Antriebskräfte, unseres Engagements im Kirchlichen Entwicklungsdienst, der vor genau vierzig Jahren gegründet wurde, und in der Aktion „Brot für die Welt“, die am Ersten Advent ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern wird. Vor fünfzig Jahren war bei der Gründung der Aktion „Brot für die Welt“ das Motiv bestimmend, die Hilfe, die unser Land und unsere Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg von ökumenischen Partnern erhalten hatten, zu erwidern. Vor vierzig Jahren entstand der Kirchliche Entwicklungsdienst aus der Intention, die Liebe Gottes in Wort und Tat zu bezeugen und deshalb der Ungerechtigkeit, die der Kolonialismus in Ländern der Dritten Welt zurückgelassen hatte, entgegenzutreten.

Ökumenische Anstöße waren dafür ausschlaggebend. In deren Aufnahme setzte sich die Synode der EKD im Jahr 1968 das anspruchsvolle Ziel, zunächst zwei Prozent des Kirchensteueraufkommens für die Aufgaben des kirchlichen Entwicklungsdienstes zur Verfügung zu stellen und diesen Betrag bis zum Jahr 1975 auf fünf Prozent zu steigern. Diese Mittel aus dem Kirchensteueraufkommen sollten zusätzlich zu den Spendenmitteln für die 1959 gegründete Aktion Brot für die Welt und zusätzlich zu den staatlichen Mitteln für die 1962 gegründete Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe „der Bekämpfung von Armut, Hunger und Not und deren Ursachen dienen“, wie die EKD-Synode vor vierzig Jahren sagte.

Wenn es auch leider nie zu einer Steigerung auf fünf Prozent gekommen ist, sondern sich sogar die Marke von zwei Prozent als außerordentlich kühn erwies, so hätte damals wohl kaum jemand gedacht, dass aus diesem Beschluss ein großes und vielgestaltiges kirchliches Arbeitsfeld erwachsen würde, für das sich viele Christen bis heute leidenschaftlich einsetzen, das aus unserer evangelischen

Kirche nicht mehr wegzudenken ist und das ihr Profil bis heute prägt.

Um diesem Engagement Stetigkeit zu verleihen, hat die Kirchenkonferenz der EKD im September dieses Jahres die Weichen für einen Beschluss gestellt, mit dem die Finanzierung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes auf das Umlageverfahren umgestellt wird. Dadurch soll eine nachhaltige Absicherung dieser wichtigen Arbeit erreicht werden. Ich sehe mit großer Dankbarkeit, welche Dynamik in diesem Jubiläumsjahr, in dem wir vierzig Jahre Kirchlicher Entwicklungsdienst und fünfzig Jahre Brot für die Welt feiern, im Bereich der kirchlichen Entwicklungsarbeit wirksam geworden ist

(8) Auf vielfältige Beispiele für das Wirken des Evangelischen Entwicklungsdienstes sowie von „Brot für die Welt“ traf eine Delegation des Rates der EKD, die im September in Namibia, Südafrika und Äthiopien Partnerkirchen, Auslandsgemeinden und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit besuchte.

Die Situation der Kirchen in Namibia und Südafrika ist noch immer geprägt durch die Geschichte der Apartheid und den Kampf gegen dieses Unrechtsregime. Gab es in der Zeit der Rassentrennung vielerorts schmerzhaft Konflikte um die Rolle der Kirchen, die entlang ethnischer Grenzen voneinander getrennt waren, so sind fünfzehn Jahre nach dem Ende der Apartheid in Südafrika und achtzehn Jahre nach der Unabhängigkeit Namibias in vielen Gemeinden Mehrsprachigkeit und Multikulturalität zur Normalität geworden. Soziale Gegensätze – vor allem in Gestalt hoher Arbeitslosigkeit – und menschliches Elend – vor allem in Folge der Pandemie HIV/Aids – haben uns bei diesem Besuch bedrückt.

Aber zugleich haben uns die gemeinsamen Gottesdienste tief angerührt. Schwarze und Weiße feiern in großer Selbstverständlichkeit gemeinsam das Abendmahl; den Gottesdienst prägen klassische Choräle ebenso wie afrikanische Lieder. Unsere Delegation war be-

wegt davon, wie christliche Gemeinden die Versöhnung der Verschiedenen gestalten.

Die Geschichte dieser Länder verpflichtet uns in besonderer Weise dazu, wachsam zu sein und gegen Rassismus und die Verletzung von Menschenrechten in jeder Form aufzustehen.

Mit besonderen Herausforderungen haben die äthiopischen Kirchen in diesen Wochen zu kämpfen. Der äthiopische Ministerrat hat beschlossen, die politischen Wirkungsmöglichkeiten von Nichtregierungsorganisationen drastisch einzuschränken. Besonders gilt das für Organisationen, die mit ausländischen Mitteln finanziert werden. Jede Art von Advocacy-Arbeit kann von solchen Restriktionen betroffen sein. Mit unserer Vorstellung von ganzheitlicher Entwicklung und ganzheitlicher Entwicklungszusammenarbeit ist das nicht zu vereinbaren. Vor allem aber wirft dieses Vorhaben ein deutliches Licht auf eine sehr eingeschränkte Auffassung von Demokratie – eine Auffassung nämlich, die zivilgesellschaftlichen Akteuren und damit auch den Kirchen und ihren Organisationen keine eigenständige Rolle in der Demokratie zuerkennt. Gerade in dieser Situation haben wir unsere Partner in Äthiopien unserer Solidarität versichert.

(9) Auf vielfältige Weise spürten wir in unseren Begegnungen, wie Kirchen neu nach ihrer Rolle suchen. War es in der Zeit der Apartheid die Aufgabe der Kirchen, die Botschaft des Evangeliums in den politischen Auseinandersetzungen, im politischen Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit zu konkretisieren, so stehen die Kirchen heute vor anderen Herausforderungen. Natürlich haben sie auch eine politische Aufgabe; sie tragen eine besondere Verantwortung für Menschenwürde und Menschenrechte. Aber sie sind zugleich mit einem religiösen Wandel konfrontiert. Er zeigt sich unter anderem darin, dass mittlerweile mehr als die Hälfte aller südafrikanischen Christen Mitglieder von unabhängigen Kirchen und Pfingstkirchen sind, die dem Rat der Südafrikanischen Kirchen größtenteils nicht angehören. In

Äthiopien gibt es vergleichbare Entwicklungen.

Hier ist die geistliche Antwort der Kirchen gefragt. Es geht in einer neuen Weise um Glaubensverständnis und Glaubenszeugnis. Es reicht nicht, wenn die traditionellen Kirchen zu den unabhängigen Kirchen und den Pfingstkirchen Abstand halten; sie müssen ihr eigenes Verständnis der christlichen Botschaft vielmehr aktiv verdeutlichen und ebenso über die Formen nachdenken, in denen sie diese Botschaft leben.

Aus dieser Entwicklung, die auch außerhalb Afrikas Parallelen hat, müssen wir auch für die eigene Situation lernen. Auch wir müssen wahrnehmen, dass die Frage nach der persönlichen Glaubensgewissheit an Gewicht gewinnt. Wir müssen anerkennen, dass Menschen sich nach neuen Formen der Frömmigkeit sehnen. Wir können auf eigene, der reformatorischen Prägung gemäße Weise Antworten auf das Bedürfnis entwickeln, das sich in dem Wachstum der Pfingstkirchen widerspiegelt. In Afrika konnten wir lernen, wie wichtig gottesdienstliche Formen sind, die die Menschen ansprechen und für die Botschaft des Evangeliums begeistern.

(10) Nichts widerspricht dem Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, mehr als die Ausübung von Gewalt – von Gewalt gegen die Natur ebenso wie von Gewalt gegen Menschen. Ihr haben wir nach Kräften zu wehren – und zwar vorrangig mit gewaltfreien Mitteln. Die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit verpflichtet uns zur Weiterentwicklung der zivilen Friedensdienste; im Blick auf den Einsatz militärischer Mittel führt sie zu strengen Kriterien.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich aus der Verantwortung für den Schutz gegen Gewalt (responsibility to protect) dazu entschlossen, sich an militärischen Auslandseinsätzen zu beteiligen. In unserer Friedensdenkschrift haben wir geltend gemacht, dass dies nur im Rahmen einer Ethik rechtserhaltender Gewalt vertretbar ist. Ausdrücklich haben wir da-

bei hervorgehoben: „Der Gewaltgebrauch ist nur zur Abwehr eines evidenten, gegenwärtigen Angriffs zulässig; er muss durch das Ziel begrenzt sein, die Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens (wieder-)herzustellen und muss über eine darauf bezogene Konzeption verfügen“ (TZ 102).

Die tragischen Entwicklungen in Afghanistan haben uns in den letzten Wochen erneut auf die mit solchen Kriterien verbundenen Probleme gestoßen. Dass in Afghanistan ein „evidenter, gegenwärtiger Angriff“ abgewehrt werden muss, kann niemand leugnen. Aber eine Konzeption dafür, die Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens wieder herzustellen, wurde – das hat auch Präsident Karsai in diesen Tagen bestätigt – bisher nicht gefunden. Der Militäreinsatz in Afghanistan war zu lange nur an der Abwehr des Terrorismus ausgerichtet; zivile Ziele beim Wiederaufbau, die nichtmilitärische Förderung der Sicherheit im Land und Reformen bei Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit traten dahinter zurück. Die Folgen zeigen sich daran, dass ein Ende dieses Einsatzes unabsehbar ist. Denn auch die in manchen Bereichen – zum Beispiel der Gesundheitsvorsorge, dem Schutz für Frauen und den Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche – erreichten Fortschritte würden aufs Spiel gesetzt, wenn sich die internationale Gemeinschaft jetzt

kurzfristig aus Afghanistan zurückziehen würde. Der Bundestag sah es sogar als notwendig an, die Zahl der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldatinnen und Soldaten auf 4.500 zu erhöhen.

Wir begleiten den Einsatz von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan mit großer, ja auch mit wachsender Sorge. Die Sorge wird dadurch verstärkt, dass inzwischen dreißig deutsche Soldaten in Afghanistan ihr Leben verloren haben. Zusammen mit zwei deutschen Soldaten kamen in der vorletzten Woche bei einem feigen Bombenanschlag fünf Kinder ums Leben. Der Terror der Taliban macht nicht einmal vor den Kindern der eigenen Landsleute Halt. Das unbarmherzige Kalkül lautet: Wenn eigene Kinder in der Nähe von ausländischen Soldaten sterben, dann verliert die einheimische Bevölkerung das Vertrauen in die Soldaten. Über die damit verbundene Zielsetzung kann man keine Illusionen haben. Die Taliban wollen das ganze Land unter ihre Kontrolle bringen, um von hier aus ungestört Terrorattacken in aller Welt zu planen. Ein einfaches Herauskommen aus dieser Situation gibt es nicht. Seelsorge ist nötig; ich bin gerade im Blick auf diese schwierige Situation dankbar für die Art und Weise, in der unsere Seelsorge in der Bundeswehr im Inland wie im Ausland ausgeübt und wahrgenommen wird.

III. „Lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen“

(11) Dass ich an diese Aufforderung des Apostels Paulus (Galater 6,10) erinne- re, hat bedrückende aktuelle Gründe. Es gibt Regionen der Welt, in denen Men- schen Leib und Leben riskieren, wenn sie sich zum christlichen Glauben bekennen. Ich denke hier insbesondere an die Situa- tion der Christen im Irak; ich denke freilich ebenso an die Lage von Christen im Iran, im Nordosten Indiens, in China und in an- deren Ländern. Dabei beziehe ich andere religiöse Minderheiten in meine Sorgen ein; doch zugleich kann ich die Augen nicht davor verschließen, dass heute weltweit Christen mehr als alle anderen von Bedrängnis und Verfolgung betroffen sind. Dieses Leiden von Christen beim Namen zu nennen, ist auch eine Konse- quenz aus der Aufforderung des Apostels, bei der Hilfe für jedermann „des Glaubens Genossen“ nicht zu vergessen.

Der Irak – ein Land, in dem seit der Epoche der alten Kirche Christen le- ben – wird durch vielfachen Mord und be- ständige Bedrohung systematisch von Christen entvölkert. Mehrfach hat unsere Kirche gemeinsam mit der katholischen Kirche die politisch Verantwortlichen auf die Situation der Christen im Irak hinge- wiesen und die notwendige Hilfe dringlich gemacht. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Bundesinnenminister Schäuble diese Im- pulse aufgenommen und sich um die poli- tische Durchsetzung eines Resettlement- Programms für diese Flüchtlinge aus dem Irak bemüht hat. Inzwischen wurde von irakischer Seite dargelegt, die Sicherheits- lage habe sich verbessert und geflohene Christen hätten die Aussicht auf Rückkehr in ihre Heimat. Doch allein aus Mossul, der drittgrößten Stadt des Irak, sind in den vergangenen Wochen tausende Christen aus Angst um ihr Leben geflohen. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass sich in Mossul eine regelrechte „Tötungskampag- ne“ (FAZ, 13.10.08) und eine „straff orga- nisierte Vertreibungskampagne“ (HAZ, 15.10.08) gegen die Christen vollziehen.

Hilfe ist nötig; Deutschland und die Europäische Union dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Natürlich sind dabei ein abgestimmtes Vorgehen der deutschen Bundesländer und eine Verständigung innerhalb der Europäischen Union wünschenswert. Aber inzwischen führt dieses Abstimmungsbedürfnis dazu, dass die notwendige – und mögliche! – Hilfe zu Lasten der Flüchtlinge immer wei- ter verschleppt wird. Dafür habe ich kein Verständnis! Bestimmte Formen des politi- schen Schacherns vertragen sich nicht mit dem Eintreten für Humanität. Deshalb ap- pelliere ich an die Bundesregierung, noch in diesem Jahr die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland im Rahmen eines Resettlement-Programms zu Wege zu bringen.

Natürlich hoffen wir darauf, dass Christen künftig im Irak sicher und frei le- ben können. Aber wir müssen auch die Stimme eines Pfarrers in der Nähe von Mossul hören, der sich mit seiner Gemein- de um die Aufnahme von Flüchtlingen bemüht, aber zugleich sagt: „Ich glaube nicht, dass es für die Christen in diesem Land noch eine Zukunft gibt“ (NZZ, 15.10.08). An Vergangenheit reich, in der Gegenwart bedroht, die Zukunft ver- schlossen – so stellt sich die Lage der Christen im Irak dar. Wenn ein Funken von Hoffnung entstehen soll, dann auch da- durch, dass wir Menschen, die ihrer Reli- gionszugehörigkeit wegen verfolgt werden, Zukunft geben und eine neue Hoffnung eröffnen.

(12) Auch im indischen Bundesstaat Orissa und dem Nachbarstaat Karnataka ist es in den vergangenen Wochen und Monaten zu Gewalttaten gegen Christen gekommen. Zahlreiche christliche Schu- len, Kirchen, Wohnhäuser und Hütten wurden zerstört. Christliche Geistliche wurden auf offener Straße verprügelt. Es wird berichtet, dass zahlreiche Mitglieder der Evangelisch-Lutherischen Jeypore Kirche Zuflucht in den Wäldern gesucht

hätten aus Angst, in ihre Dörfer zurückzukehren. Auch die Evangelisch-Lutherische Gossnerkirche in der Provinz Jharkhand ist in die Bedrängnis einbezogen, die vom hinduistischen Nationalismus ausgeht. Wir treten in dieser Situation auf die Seite der in ihrem Leben und in der Freiheit des Glaubens gefährdeten indischen Christen und erheben unsere Stimme zum Gebet und zum politischen Protest.

(13) Ich bin dankbar dafür, dass Bischof Martin Schindehütte umgehend reagiert hat, als das Apostasiegesetz des iranischen Parlaments bekannt wurde. Die Verhängung der Todesstrafe bei Abfall vom Islam wäre dem neuen Gesetz nach strafrechtlich zwingend vorgegeben. Damit wird die Religionsfreiheit mit Füßen getre-

ten. Die Entwicklung betrifft im Übrigen auch iranische Christen, die in Deutschland zum christlichen Glauben übergetreten sind und aus Furcht vor Verfolgung ein Asylverfahren angestrengt haben. Es ist in meinen Augen unausweichlich, dass dies bei der Anerkennung als Flüchtling berücksichtigt wird.

Sechzig Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird die Religionsfreiheit, also ein zentrales Menschenrecht, derart mit Füßen getreten, wie ich es gerade am Beispiel des Irak, Indiens und des Iran beschrieben habe. Gebe Gott, dass dies nicht der Geist ist, in welchem Menschen im 21. Jahrhundert miteinander umgehen!

IV. „Zur Stunde des Aufbruchs sei nicht der Letzte“

(14) Die Reformdebatte der letzten Jahre hat eine Aufbruchsstimmung in vielen kirchlichen Kreisen, in der Mitarbeiterschaft und in kirchlichen Leitungsgremien ausgelöst. Wir wollen die Botschaft von Gottes freier Gnade an alles Volk ausrichten, wie es in der VI. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 heißt; deshalb verbinden wir eine bewusste Konzentration auf den Kern unseres Auftrags mit der Orientierung nach außen, hin zu den Menschen, denen das Evangelium fremd geworden ist. Wir wollen dafür bisher vertraute Handlungsformen nutzen, aber auch neue Wege wagen.

Wenn ich für diesen Geist des Aufbruchs ein Wort von Jesus Sirach zitiere, so geschieht dies auch, um dem Präsidenten des Kirchenamts der EKD Hermann Barth eine Freude zu machen, der ein besonderer Fan des Buches Jesus Sirach ist. Es geschieht aber, das gebe ich zu, ebenso aus Freude an der Verfremdung, die bei einem Zitat aus der biblischen Weisheit einmal erlaubt sein mag. Denn das Zitat – in diesem Fall in der Übertragung der Zürcher Bibel wiedergegeben (Jesus Sirach 32,11 bzw. 15) – stammt aus den Anweisungen zum Verhalten des Gastes bei Tische. Er soll nicht als letzter aufbrechen, und er soll das, was er noch am Tisch des Gastgebers vorhatte, bei sich zu Hause tun. „Da magst du reden, was dir in den Sinn kommt, in Gottesfurcht und nicht in Unverstand. Bei all dem preise deinen Schöpfer, der dich mit seinen Gütern labt.“ Eine Aufforderung, bald von der Synode aufzubrechen, werden Sie heute von mir nicht erwarten. Also mag die Aufforderung, beizeiten aufzubrechen, doch auch einmal auf die Bewegung übertragen werden, in der unsere Kirche sich befindet und in der die Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Nachhaltigkeit auf unsere Kirche Anwendung finden.

Diese Synode hat im vergangenen Jahr in markanter Weise drei Leitgedanken evangelischen Kircheseins formu-

liert. In Gottesbegegnung, Lebenserneuerung und Gemeinschaft sehen wir die wesentlichen Dimensionen des kirchlichen Auftrags. Sie kommen in Wort und Tat, im gefeierten Gottesdienst wie in den vielfältigen Formen des Gottesdienstes im Alltag der Welt zur Geltung. Klarheit in der Botschaft, die uns aufgetragen ist, verbindet sich mit der Bereitschaft, genau auf die Fragen der Menschen zu hören und ihren Sehnsüchten auf der Spur zu sein. Dafür wollen wir an Sprachformen und Bildern arbeiten, in denen die Botschaft des Evangeliums prägnant und verstehbar zum Ausdruck kommt. Es werden Orte und Anlässe dafür gesucht, dass Menschen innehalten, das freimachende Wort des Evangeliums aufnehmen, in unserer Kirche Heimat finden und sich für ein Leben gewinnen lassen, das sich der Gottes Güte verdankt und den Menschen verpflichtet weiß. Aus diesem Geist wollen wir aufbrechen, dem Evangelium treu, den Menschen nah, der Verheißung Gottes zugewandt.

(15) Dieser Geist des Aufbruchs ist geprägt durch das Wissen um unsere Herkunft. Der Reformprozess der EKD ist ein geistlicher Prozess, der aus einer Neubesinnung auf die Quellen unseres Glaubens und auf die Vorbilder für die evangelische Gestalt unseres Christseins lebt.

Zu einer solchen Neubesinnung wollen wir dadurch anregen, dass wir in den kommenden Jahren die Quellen, Orte und prägenden Personen der Reformation neu vor Augen stellen. Zu dieser Neubesinnung wollen wir aber auch dadurch ermutigen, dass die Aufmerksamkeit beispielhaft auf Menschen unserer Zeit gelenkt wird, die sich um die evangelische Kirche in herausragender Weise verdient gemacht haben. Deshalb soll die Martin-Luther-Medaille der Evangelischen Kirche in Deutschland bis zum Reformationsjubiläum 2017 einmal jährlich an evangelische Christen mit besonderen Verdiensten um den deutschen Protestantismus verliehen

werden. Vorschlagsberechtigt sind die Mitglieder der Synode und der Kirchenkonferenz. Den ersten Preisträger der Martin-Luther-Medaille, Klaus-Peter Hertzsch, haben wir am Reformationstag im Berliner Dom ausgezeichnet; dazu gratuliere ich – sicherlich auch im Namen aller hier Versammelten – sehr herzlich.

(16) Mit der Verleihung der Martin-Luther-Medaille wird zugleich die Bedeutung des Reformationstages gestärkt. Der Reformationstag ist für uns in der Evangelischen Kirche in Deutschland ein Tag von grundlegender Bedeutung. Er erinnert an die Veröffentlichung der 95 Thesen Martin Luthers an der Tür der Wittenberger Schlosskirche. Damit ist er das herausragende Symbol für den Beginn eines Zeitalters umfassender Reformen in allen Bereichen des kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Im Reformationstag bündelt sich das Wissen um die Freiheit und die Verantwortung des Menschen. Seine Bedeutung reicht weit über den Bereich der evangelischen Kirche hinaus. Der Reformationstag sollte wie in manchen Bundesländern schon üblich bundesweit als ein gesetzlicher Feiertag anerkannt werden.

(17) Zwei weitere Instrumente der Vergewisserung der Quellen unserer Kirche will ich in diesem Zusammenhang nennen. Zum einen sind die Vorbereitungen dafür getroffen, zum 1. Januar 2009 die öffentlich-rechtliche „Stiftung der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Wahrnehmung gesamtkirchlicher Verantwortung in Wittenberg (Evangelische Wittenbergstiftung)“ mit Sitz in der Lutherstadt Wittenberg einzurichten. Diese Stiftung dient in besonderer Weise der Wahrung und Weitergabe des reformatorischen Anliegens Martin Luthers. Das soll vor allem durch eine verstärkte Nutzung der Schlosskirche sowie durch Begegnungs- und Bildungsarbeit geschehen. Der Rat ist sehr dankbar dafür – und ich bringe diesen Dank gern vor Synode und Kirchenkonferenz zum Ausdruck – , dass zusätzlich zu dem Kapitalstock von rund 1,3 Millionen Euro Zustiftungen in Höhe von rund 1,2 Millionen Euro von Seiten der Gliedkir-

chen und der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse zugesagt sind. Wobei hier eindeutig gilt: Mehr ist besser als weniger!

(18) Zum andern möchte ich eine Verabredung in die Öffentlichkeit tragen, mit der wir in der Gemeinschaft der Gliedkirchen ein Verfahren zur gemeinsamen Klärung von grundlegenden Fragen entwickelt haben, die sich aus der Bekenntnisbindung unserer Kirchen ergeben. Es soll zur vorlaufenden Beratung und Verständigung in wesentlichen Fragen des kirchlichen Lebens und Handelns für den Fall dienen, dass die Bekenntnisgrundlage tangiert ist. Ich freue mich über diese Verabredung und Selbstverpflichtung. Und ich danke der Evangelischen Kirche im Rheinland dafür, dass sie dieses vorlaufende Verfahren schon in diesem Jahr exemplarisch in Gang brachte, also bereits bevor es von allen beschlossen war. So wird die Geschlossenheit und Einmütigkeit der Gliedkirchen der EKD in besonderer Weise gefördert.

(19) Die Synode hat im vergangenen Jahr weitreichende Perspektiven entwickelt und weiterführende Prozesse angestoßen. Programmatisch hat sie erklärt: „'evangelisch Kirche sein' heißt, das gemeinsame Reden, Handeln und Leiten zu stärken.“ Diese Gemeinschaft im Reden, Handeln und Leiten gründet im Hören auf Gottes Wort und in der Treue zum Evangelium der Freiheit, das durch die Reformation in neuer Weise herausgestellt wurde. Das ist die erste und wichtigste Orientierung, die uns miteinander verbindet. Diese Gemeinschaft im Reden, Handeln und Leiten vollzieht sich zweitens darin, dass wir darauf achten, was die Menschen brauchen und von uns erwarten. Dabei haben wir diejenigen, denen der Kontakt zum Evangelium verloren gegangen ist, genauso im Blick wie die Kirchenverbundenen und die Kirchendistanzierten. Diese Gemeinschaft im Reden, Handeln und Leiten zeigt sich schließlich darin, dass wir uns der Zukunft zuwenden und Verantwortung wahrnehmen für die Grundlagen, auf denen eine nächste Generation aufbauen kann. Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit, das Bebauen und Bewahren sind die

Grundsätze, die unser gemeinsames Handeln prägen.

(20) Rat und Kirchenkonferenz der EKD haben sich hierzu auf drei Felder verständigt, auf denen ergänzend zu den Angeboten und Reformbewegungen in den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen besondere Anstrengungen auf der Ebene der EKD unternommen werden sollen. Wir wollen das Bewusstsein für die Qualität in den Kernbereichen des kirchlichen Handelns – insbesondere im gottesdienstlichen Bereich – stärken, die missionarisch-einladende Arbeit ausbauen und das Aufgabenfeld „Führen und Leiten“ verstärkt in den Blick nehmen.

Für die exemplarische Bearbeitung dieser drei Themenfelder sollen Zentren eingerichtet werden, in denen besondere Reforminitiativen mit Ausstrahlung in die Gemeinschaft der Gliedkirchen hinein vorangetrieben werden. An der Qualität im gottesdienstlich-liturgischen Bereich soll durch ein Zentrum für Qualitätsentwicklung (besonders in Gottesdienst und Kasualien) in Hildesheim und – darauf abgestimmt und damit verbunden – durch ein evangelisches Zentrum für Predigtkultur in Wittenberg gearbeitet werden. Für die Verstärkung der missionarisch-einladenden Arbeit soll sich ein Zentrum für missionarisches Handeln in der Region einsetzen, das am Standort Dortmund in Kooperation mit dem Standort Stuttgart sowie mit dem Institut zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung (IEEG) in Greifswald eingerichtet wird. Als Zentrum für das Aufgabenfeld „Führen und Leiten“ soll die Führungsakademie für Kirche und Diakonie in Berlin tätig werden.

Diese Zentren werden vorhandene Initiativen sammeln und sichten, durch Beratungsprozesse miteinander vernetzen, gute Ansätze entwickeln und kommunizieren sowie Multiplikatoren für solche Ansätze fortbilden. Wie im ganzen Reformprozess so soll auch hier ein Höchstmaß an Transparenz angestrebt werden. Jeder Interessierte und Engagierte soll die Möglichkeit haben, sich an eines

dieser Zentren zu wenden, wenn eine Frage oder eine gute Idee, eine Perspektive oder ein Problem zu den Themen von Qualität, Mission oder Leitung auftaucht. Ich bin sehr froh darüber, dass der Entscheidungsprozess über die Bildung dieser Zentren zügig und einvernehmlich abgeschlossen wurde. Die Gründungsbeiräte sind berufen; die konkrete Arbeit beginnt.

(21) Dabei zeigt sich eine Entwicklungstendenz, die alle drei Schwerpunktthemen – Qualität in Gottesdienst und Kasualien, missionarische Initiativen sowie Führen und Leiten – in gleicher Weise berührt. Als wichtige Ebene, auf der Reformprozesse angestoßen und gestaltet werden können, erweist sich in immer stärkerem Maß die kirchliche Region. Weder können die Ortsgemeinden für sich allein solche Reformprozesse in Gang setzen; noch entspräche es evangelischem Selbstverständnis, Reformen durch eine Normierung von oben her zu implementieren. Die stärkste Kraft kann vielmehr davon ausgehen, dass kirchliche Lebensräume – in Entsprechung zu Sozialräumen gedacht, an die etablierte Struktur von Kirchenkreisen beziehungsweise Dekanaten anknüpfend – gemeinsam planen, wie sie die Menschen in ihrer Region am besten erreichen und ihnen das Evangelium nahe bringen können. In solchen Regionen besteht auch die Möglichkeit, dass die beteiligten Gemeinden und kirchlichen Orte ihr jeweiliges Profil einbringen, um so unterschiedlichen Adressatengruppen einen jeweils angemessenen Ort zu bieten. Damit die Regionen diese Schlüsselfunktion für den Reformprozess wahrnehmen können, bedürfen sie der Unterstützung, beispielsweise in der Aufarbeitung geeigneter Modelle, in der Vermittlung von Beispielen guter Praxis, in der Weitergabe von Methoden zur Gestaltung von Reformprozessen. Um dieser Aufgabe willen richten wir die geschilderten Zentren in Hildesheim und Wittenberg, in Dortmund zusammen mit Stuttgart und Greifswald sowie in Berlin ein. Damit ist ein wichtiger Schritt im Reformprozess auf der Ebene der EKD vollzogen, für dessen Vorbereitung ich allen Beteiligten, insbesondere dem Reformbüro und der Steue-

rungsgruppe für den Reformprozess, sehr herzlich danke.

(22) Zum Thema missionarischer Initiativen ist ein weiteres Vorhaben gesondert zu nennen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Arbeitsgemeinschaft Missionarischer Dienste (AMD) die Bildungsinitiative „erwachsen glauben“ auf den Weg gebracht hat. Die AMD hat dafür eine Projektstelle eingerichtet, von der aus der Kontakt zu anderen Bildungsinitiativen gesucht wird. Glaubenskurse werden von der AMD gesichtet, aufbereitet und bereitgestellt, die sich jeweils in unterschiedlichen Milieus bewährt haben. Zudem werden Beraterinnen und Berater eingesetzt, die jede interessierte Kirchengemeinde darin unterstützen, ein solches Angebot auch umzusetzen. Im Rahmen des Reformprozesses sollte es unser gemeinsames Anliegen sein, das Gespräch über den Glauben zu einem Regelangebot in jeder Region zu machen.

(23) Reformprozesse ergreifen auch die Regionalstruktur unserer Kirche im Ganzen. Beispielhaft dafür erinnere ich daran, dass die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland schon in wenigen Wochen, zum 1. Januar 2009, gebildet wird; und ich stelle mit großem Respekt fest, dass die Vorbereitungen für die Bildung einer Nordkirche in bemerkenswerten Schritten vorankommen.

Aber nicht nur an die Regionalstruktur unserer Kirche ist in solchen Zusammenhängen zu denken, sondern auch an die Gestaltung der großen Gemeinschaftsaufgaben. Zu ihnen gehört der Entwicklungsdienst, von dem ich vorhin schon gesprochen habe, also die weltweite Diakonie ebenso wie die Diakonie im eigenen Land. In den letzten Monaten, Wochen und Tagen haben alle zuständigen Gremien der geplanten Zusammenführung von Diakonie und Entwicklungsdienst im „Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ zugestimmt. In dieser Zusammenführung, die bis zum Jahr 2013 erfolgen soll, sehe ich einen sehr weittragenden Schritt, den ich mit großem Respekt und voller Dankbarkeit

begleite. Damit wird auch die Zusammenführung des Evangelischen Entwicklungsdienstes und der Aktion „Brot für die Welt“ vollzogen, die schon in der vorangehenden Synodalperiode von vielen dringlich gewünscht wurde. Dass dies nun von allen Seiten gewollt wird, sieht man bereits an der Bezeichnung der beiden Säulen, aus denen das künftige „Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ bestehen wird: „Brot für die Welt - der Evangelische Entwicklungsdienst“ sowie „Diakonie Deutschland - der Bundesverband“. Dass die weltweite armutsorientierte Diakonie und die Diakonie im eigenen Land zusammen Ausdrucksformen einer solidarischen Kirche sind, die sich der Kultur des Helfens verpflichtet weiß, erhält nun institutionelle Gestalt. Ein kirchliches Ethos, das sich am Leitbild des barmherzigen Samariters ausrichtet, gewinnt ein erkennbares institutionelles Gesicht.

(24) Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel für erfreuliche Entwicklungen in unserer Kirche anschließen. Aus Anlass der im Januar 2009 bevorstehenden hundertsten Ausgabe des Magazins *chrismon* will ich die Erfolgsgeschichte dieser in Form und Inhalt überzeugenden evangelischen Stimme würdigen.

Seit acht Jahren baut *chrismon* für den deutschen Protestantismus eine Brücke in Milieus hinein, in denen die Gottesfrage über Jahrzehnte hin kein Gesprächsthema war. Mit einer Auflage von knapp 1,6 Millionen Exemplaren erreicht dieses evangelische Magazin mit jeder seiner Ausgaben verlässlich mehr als eine Million Leserinnen und Leser. Die gründlich erhobenen und ausgewerteten Daten der Leserforschung zu *chrismon* liegen jetzt vor. Wir können mit Gewissheit sagen: Meinungsführer, Eliten, Entscheider lernen die evangelische Kirche über die Lektüre von *chrismon* als weltzugewandte, kulturell offene Kraft des christlichen Glaubens neu schätzen. Sie erkennen, dass die christliche Botschaft mit ihren persönlichen Fragen und Überzeugungen als Menschen der Moderne zu tun hat. Sie erfahren, dass das Wort von der „Kirche der Freiheit“ eine Einladung zum offenen

Gespräch über die Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns im Licht der Wahrheit Gottes bildet.

Der Weg des Magazins *chrismon* unterstreicht im Übrigen, dass die kulturelle Prägekraft evangelischen Christseins am besten wirkt, wenn sie das Qualitätsbewusstsein der Menschen ernst nimmt.

Ich bin davon überzeugt – das sage ich auch im Namen meiner Mitherausgeber Margot Käßmann, Johannes Friedrich und Hermann Gröhe –, dass sich das große finanzielle Engagement unserer Kirche für dieses Projekt durch den publizistischen Erfolg von *chrismon* rechtfertigt. Heute können wir darüber hinaus feststellen, dass die Integration von *chrismon* und seinem Verlag in das Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik erfolgreich gelungen ist.

(25) In unserer evangelischen Kirche gibt es zahlreiche gute Erfahrungen mit gelingender Praxis und missionarisch einladender Arbeit. Deshalb freue ich mich darüber, dass am Reformationstag die Internetplattform „Kirche im Aufbruch“ freigeschaltet wurde. Sie präsentiert Beispiele guter Praxis aus dem Alltag kirchlicher Arbeit und trägt sie in die Breite von Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirchen. Ich bin gewiss, dass sie damit die Gemeinschaft untereinander und den geistlichen Aufbruch, der sich an vielen Orten im Bereich der EKD vollzieht, weiter fördert, bestärkt und bereichert.

Gewiss lässt sich einwenden: Internetplattform in allen Ehren, aber personal erfahrbar werden neue Ideen durch sie nicht. Dazu muss man sich unmittelbar begegnen. Das stimmt. Deshalb lädt der Rat vom 24. bis 26. September 2009 nach Kassel zur Zukunftswerkstatt der EKD ein. Diese „Reform-Fachmesse“ wird eine Plattform dafür bieten, Beispiele guter Praxis darzustellen und sich über kreative Ideen aus jeweils anderen Regionen zu informieren. Ich bin davon überzeugt: Die Tage in Kassel werden nicht nur eine „Fachmesse“, sondern zugleich ein zuver-

sichtliches Zeichen des Aufbruchs in unserer Kirche werden.

Der Geist des Aufbruchs soll nicht nur diese Zukunftswerkstatt prägen, sondern den Weg unserer Kirche insgesamt – dem Evangelium treu, den Menschen nah, der Verheißung Gottes zugewandt. Denn davon bin ich überzeugt: Je überzeugender, berührender, lebendiger, auch einfallsreicher und klarer wir das Evangelium bezeugen und von der Barmherzigkeit Gottes sprechen, desto mehr tragen wir dazu bei, dass in unserer Welt Verantwortung und Nachhaltigkeit bestimmend werden.